



© wikimedia



Die Stadt Bern zahlt jährlich 140 Millionen Franken in den kantonalen Finanzausgleich ein.

Stadt Bern als Vorbild kantonaler Solidarität

Die Stadt Bern ist der Wirtschaftsmotor des Kantons. Dies gilt es bei der aktuellen Diskussion zur Stadt-Land-Problematik und künftigen Finanzdebatten im Grossen Rat zu berücksichtigen.

Am 9. Juni musste das Stadtberner Stimmvolk u. a. über eine Ergänzung der städtischen Bauordnung befinden, damit bestehende Wohnungen vor Umnutzung geschützt werden. Der Grund dafür war, dass der Grosse Rat diesen Schutz abgeschafft hatte. Die Stadt Bern war das einzige Gemeinwesen im Kanton gewesen, das diese Regel angewendet hatte. Kein Wunder: Während im Kanton Bern durchschnittlich eine Leerwohnungsziffer von 1,26% besteht, leidet Bern mit lediglich 0,44% unter Wohnungsknappheit. Letztes Jahr hat der Grosse Rat beschlossen, die Gemeinschaftszentren nicht mehr über den Lastenausgleich mitzufinanzieren. Getroffen hat dies wiederum die Stadt Bern. Um einen Kahlschlag an diesen fürs städtische Zusammenleben wichtigen Angeboten im laufenden Jahr zu verhindern, musste die Stadt in die Bresche springen. Dies nur zwei Beispiele von Entscheiden mit Signalwirkung Richtung Stadt. Ebenfalls aufhorchen lässt die Aussage von Prof. Adrian Vatter, Leiter des Instituts für Politikwissenschaft der Uni Bern: «Wenn der Stadt-Land-Konflikt aufbricht, gehören die Zentren im Grossen Rat fast immer zu den Verlierern.»

Stadt hat Defizite abgebaut

Nun droht ein weiteres Sparpaket mit noch grösseren Dimensionen. Die Stadt Bern hat unter rot-grüner Leitung ihre alten Defizite abgebaut, 14 Sparpakete wurden geschnürt –

bisher getragen von den Sozialpartnern. Nun graut es aber einem, wenn man daran denkt, was wohl weiter auf die Stadt Bern zukommen wird, falls die bürgerliche Finanzpolitik im Grossen Rat weiter den Takt angibt.

Dabei wird landauf, landab jeweils die Solidarität zwischen Stadt und Land betont und wie wichtig ein Miteinander statt ein Gegeneinander ist. Die Stadt Bern trägt diese Solidarität auch kräftig mit: Jährlich zahlt die Stadt Bern über 140 Mio. Franken netto in den kantonalen Finanzausgleich, ungefähr ein Drittel des städtischen Steuerertrags. In diesem Jahr werden wir weitere Überlegungen anstellen müssen, wie der städtische Finanzhaushalt in den nächsten Jahren gestaltet werden soll. Bei den Sparmassnahmen sind die Möglichkeiten wohl begrenzt. Es muss deshalb auch möglich sein, auf der Einnahmenseite Überlegungen anzustellen, z.B. durch konsequentere Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

Zusammen mit den umliegenden Gemeinden ist die Stadt der Wirtschaftsmotor des Kantons. Ihn abzuwürgen wäre für den ganzen Kanton kontraproduktiv. Ein Miteinander von allen Kantonsteilen heisst auch gegenseitige Wahrnehmung der jeweiligen Bedeutungen und Funktionen innerhalb des Kantons. Es ist zu hoffen, dass darauf in Zukunft von allen Seiten her Rücksicht genommen wird und Entscheide mit Bedacht gefällt werden.

Stefan Jordi
Co-Präsident SP Stadt Bern



TSCHOU

Der Bazar zu Bern

Sparen ist heutzutage ein Modewort. Gespart wird in Zypern, in Griechenland, in der EU und auch im Kanton Bern. Die Summe von 500 Millionen Franken als Spar-



vorgabe geistert durch die Medien und bei den Berner GrossrätInnen beginnt das Feilschen um Bauvorhaben, Strassen, Spitäler, Löhne und verschiedenste Zuwendungen im Rahmen des kantonalen Budgets.

Die VolksvertreterInnen wollen nur das Beste für den Kanton, für ihre Region, für ihre Klientel. Dabei scheint bei vielen das Kurzzeitgedächtnis arg gelitten zu haben, denn noch vor kurzer Zeit tönte es anders: Vollmundig wurden Steuergeschenke verteilt, die Reichen wurden reicher und der Rest liess sich durch Versprechen einlullen, dass sie, wenn sie mal reich werden, auch von den Steuererleichterungen profitieren würden.

Wo wird wohl gespart werden? Ganz einfach dort, wo es wenig Aufschrei geben wird, wo es kaum Lobbyisten gibt und wo die Wiederwahl der VolksvertreterInnen kaum gefährdet ist: bei Kindern, Kranken, Alleinerziehenden, Arbeitslosen. Es wird möglicherweise grössere Schulklassen geben, die Sozialhilfe wird gekürzt, ÖV-Linien werden gestrichen, Löhne nicht mehr angepasst.

Ich habe eine klare Vorstellung, wer die Zeche schlussendlich zahlen wird: die FRAUEN. Frauen, die vermehrt ihre Eltern betreuen und ihre Kinder in die Schule führen werden. Frauen, deren im Durchschnitt tiefere Löhne in der Volksschule und im Gesundheitswesen nicht angepasst werden. Frauen, die Gratisarbeit leisten werden, damit die Gesellschaft nicht erschüttert wird.

Frauen wie du und ich. Im Bazar des Grossen Rates spielen aber solche Gedanken keine Rolle, denn die politischen Marktschreier sind sich sicher, Frauen haben keine Lobby – oder doch?

Angelika Neuhaus
Parteisekretärin

SP bi de Lüüt

Die SP Kanton Bern hat im Mai bereits zum dritten Mal in Folge an der BEA teilgenommen. Unter dem Motto «Bern für alle» betrieb die Partei einen Stand mit einem Zwirbelrad, Parteimitglieder verteilten Ballone und führten Gespräche mit Standbesuchern. Nachfolgend einige Impressionen vom diesjährigen Auftritt an der bekanntesten Berner Messe.



Mit Frauen-Power den Grossrat aufmischen

Die SP will bei den Grossratswahlen 2014 wieder eine ausgeglichene Frauen- und Männervertretung in der eigenen Fraktion erreichen. Profilierte SP-Politikerinnen äussern sich im aktuellen links.be zu ihren Erfahrungen im Grossen Rat – und weshalb sich möglichst viele Frauen für eine Kandidatur für das Kantonsparlament zur Verfügung stellen sollen.



BARBARA EGGER-JENZER

Regierungsrätin, Grossrätin 1994 – 2002

«Für mich als SP-Regierungsrätin ist es wichtig, auf eine starke Frauenvertretung in der SP-Fraktion zählen zu können. Ich freue mich, wenn möglichst viele SP-Frauen kandidieren und in den Grossen Rat gewählt werden. So können wir gemeinsam zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft beitragen. Und, liebe Frauen, Frauen gestalten den Atomausstieg!»



NADINE MASSHARDT

Nationalrätin, Grossrätin 2006 – 2013

«Meine sieben Jahre im Grossen Rat bleiben mir als sehr bereichernd in Erinnerung. Nicht nur die intensiven Debatten, sondern auch die interessanten Begegnungen. Ich politisierte bis zum letzten Sessionstag mit viel Herzblut. Warum? Weil die kantonalen Themen uns alle sehr direkt betreffen. Die Auswirkungen der Entscheide sind unmittelbar spürbar. Für die Energiewende, einen attraktiven öffentlichen Verkehr, bessere politische Bildung oder mehr Transparenz bei den Partefinzen zu kämpfen, macht Freude und kann ich nur wärmstens empfehlen.»



MARGRETH SCHÄR

Grossrätin seit 1998

«Der Grosse Rat ist ein bürgerlicher Rat. Anliegen zum Wohle der breiten Bevölkerung und der Umwelt im weitesten Sinn haben es schwer. Umso wichtiger ist es beharrlich und konsequent dem Grosse Rat die Augen zu öffnen, um früher oder später Mehrheiten zu gewinnen. Frauen haben grosses Stehvermögen und sind deshalb besonders für diese Aufgabe geeignet. Das Wissen aus den Grossratsdebatten kann bei den Diskussionen auf Gemeindeebene nutzbringend eingesetzt werden. Ausserdem bieten dazugewonnene Netzwerke eine gute Ausgangslage bei Wahlen.»



EVI ALLEMANN

Nationalrätin, Grossrätin 1998 – 2003

«Im Grossen Rat habe ich viel gelernt, das mir heute bei der täglichen Arbeit im Nationalrat nützt. ÖV-Angebot, Gesundheitspolitik, Eckpunkte im Bildungsbereich, energiepolitische Perspektiven – die Themenvielfalt auf kantonaler Ebene ist breit und wird oft unterschätzt. Vielen liegt politisch entweder die lokale oder dann gleich die nationale Ebene näher. Unser Alltag ist jedoch stark durch kantonale Entscheidungen beeinflusst. Deshalb lohnt sich die Arbeit im Grossen Rat ausserordentlich – und wird aus meiner Sicht massiv unterschätzt.»



URSULA WYSS

Gemeinderätin Stadt Bern, ehemalige Gross- und Nationalrätin

«Obwohl meine Zeit im Grossen Rat bereits 13 Jahre zurückliegt, kann ich heute noch immer von den damaligen Erfahrungen profitieren. Als die SP 2011 die Erbschaftssteuerinitiative lancierte, konnte ich zum Beispiel auf Wissen zurückgreifen, das ich mir in meiner Grossratszeit in der Steuergesetzkommission angeeignet hatte. Auch als Gemeinderätin treffe ich altbekannte Materie an: Im kantonalen Parlament erlebte ich die Ausarbeitung des neuen Finanzausgleichs mit. Heute erfahre ich dessen Anwendung.»



ELISABETH ZÄCH

Stadtpräsidentin Burgdorf, Grossrätin seit 2010

«Ich bin Grossrätin, weil ich mich gerne für alle statt für wenige einsetze. Wo immer ich kann. In unserem Kantonsparlament ist dies besonders wichtig. Die bürgerliche Mehrheit ist erdrückend. Deshalb braucht es widerständige Frauen (und Männer), welche mit Kopf und Herz auf unsere Werte pochen. Der Kanton Bern muss für alle da sein, und nicht nur für wenige. Dafür stehen wir ein. Und je zahlreicher wir sind, umso grösser wird die Freude an der Arbeit. Denn damit steigen unsere Erfolgchancen. Also: Packen wir's an.»

Aufgezeichnet von Barbara Nyffeler



SPITZE FEDER

Von Tina und anderen Damen

Kennen Sie Tina? Nein, nicht die Musikerin. Sondern die von Margaret Thatcher! «There Is No Alternative» – Es gibt keine Alternative, so lautet eine der berühmtesten



retorischen Hinterlassenschaften der ehemaligen britischen Premierministerin. Während die Urheberin kürzlich verschieden ist, erweist sich Tina als lebendiger denn je: «Alternativlos» wurde 2010 zum deutschen Unwort des Jahres gewählt. Zu oft hatte Angela Merkel von Tina gesprochen. Thatcher galt als eiserne Lady, Merkel könnte die eisige Lady werden: «Der Besuch der kalten Dame» titelte die deutsche Wochenzeitung «Die Zeit» anlässlich einer Staats-

visitte der Bundeskanzlerin im krisengeplagten Portugal, in Anlehnung an Friedrich Dürrenmatts berühmtes Theaterstück. Wer es bis jetzt noch nicht zwischen den Zeilen gelesen hat, für den nun schwarz auf weiss: Ich halte nicht viel von Tina. Jedenfalls nicht in der thatcherischen Form. Eine andere Aussage von ihr ist viel treffender: «There ain't no such thing as a free lunch» – nichts gibt's umsonst. Das dürften die europäischen Regierungen mittlerweile auch gemerkt haben. Aus der Krise kommen wir nicht gratis. Wir, denn die Schweiz ist trotz der Überschwemmungen in Süddeutschland anfangs dieses Monats immer noch keine Insel. Der Schweiz geht es im Vergleich zum restlichen Europa gut. Doch das kränkelnde Europa ist genau jenes, in das wir zwei Drittel unserer Exporte verkaufen und das uns mit seinen Fachkräften über unseren Ausbildungsmangel hinweghilft.

Somit schliesse ich mit dem dritten Zitat von Margaret Thatcher: «Geduld ist eine gute Eigenschaft. Aber nicht, wenn es um die Beseitigung von Missständen geht.»

Hannes Rettenmund,
Vorstandsmitglied JUSO Kanton Bern

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Oliver Lüthi
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 5. Aug. 2013

Bernhard Antener neuer Grossratspräsident



© Markus Meyer

Als «Langstreckenpolitiker» und «Mann mit Stehvermögen» ist Bernhard Antener im Vorfeld zur Wahl zum Grossratspräsidenten in der kantonalen Presse bezeichnet worden. In der Tat kann der Hobby-Langstreckenläufer Antener als politisches Urgestein bezeichnet werden. Seit 1998 sitzt er im Grossen Rat und im November kandidiert er für eine sechste Legislatur als Langnauer Gemeindepräsident. Im Grossen Rat wird parteiübergreifend dessen grosse Sach- und Dossierkompetenz hervorgehoben. Diese Wertschätzung kam am 3. Juni auch bei den Wahlen zum Grossratspräsidium zum Ausdruck – Antener wurde mit einem Glanzresultat zum höchsten Berner gewählt. Herzliche Gratulation, «Bärnu»!

ROTES BRETT

SCHLACHTHAUS THEATER BERN

Das Schlachthaus Theater Bern ist eines der bekanntesten stadtbernischen Theater. Koproduktions- und Gastspielhaus für die freie Theaterszene, steht das Schlachthaus Theater für dezidiert zeitgenössische Theaterstoffe und -formen. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt. Der aktuelle Veranstaltungskalender findet sich auf der Webseite des Schlachthaus Theaters, www.schlachthaus.ch.

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Homepage, www.spbe.ch, unter der Rubrik «Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch

AGENDA

Infoanlässe AHVplus:

26. Juni 2013, 15–17 Uhr
im Hotel Bern, Bern
(organisiert von SP 60+ Stadt und Region BE)

24. Oktober 2013, 15–17 Uhr
im Hotel Weisses Kreuz, Lyss
(organisiert von SP 60+ Biel.Bienne.Seeland)

Alle Termine
www.spbe.ch/agenda

MEHR POLITIK FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE – MIT IHNEN?

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern – die grösste SP-Kantonalpartei mit 7000 Mitgliedern – sucht per 1. August oder 1. September 2013 eine/einen

BUCHHALTERIN/BUCHHALTER (40%)

Ihre Aufgaben

- Operative Führung der Buchhaltung der SP Kanton, Region und Stadt Bern inkl. Zahlungsverkehr und Lohnbuchhaltung

Unsere Anforderungen

- Kaufmännischer oder gleichwertiger Abschluss
- Erfahrung in der Buchhaltung und mit Buchhaltungssoftware (idealerweise Sage) und E-Banking
- Gute schriftliche und mündliche Ausdrucksweise in Deutsch und idealerweise Französisch

- Profunde PC-Kenntnisse (Word, Excel, Outlook)
- Selbständiges sorgfältiges Arbeiten und Belastbarkeit, Erfahrung in Projektarbeit von Vorteil
- Teamfähigkeit und Kompetenz im Umgang mit Ehrenamtlichen/Freiwilligen
- Bereitschaft, an kantonalen SP-Veranstaltungen mitzuwirken
- Identifikation mit den Grundwerten der SP, SP-Mitgliedschaft von Vorteil

Weitere Infos finden Sie auf der Webseite der SP Kanton Bern, www.spbe.ch → Offene Stellen.